

WB02

## Westfalen-Lexikon

## Schloss Brake

Das Schloss Brake in Lemgo ist ein Renaissance-Schloss, das von 1587 an auf den Grundmauern einer um 1200 gegründeten Burg errichtet wurde. Bauherr war Graf Simon VI. zur Lippe (1554-1613). Der markante Turm macht das Schloss zu einem Wahrzeichen der alten Hansestadt Lemgo. Die heutige Gestalt des Schlosses ist das Ergebnis zahlreicher Umbauten. Schloss Brake war von 1932 an Verwaltungssitz des Kreises Lemgo und wurde 1973 vom Lan-

desverband Lippe übernommen, der hier heute noch residiert. Seit 1986 beherbergt das Schloss zudem das Weserrenaissance-Museum. Auf dem Schlossgelände befindet sich eines von nur drei bekannten Vorkommen der Wilden Tulpe (*Tulipa sylvestris*) in NRW. Die Population dieser nach der Bundesartenschutzverordnung besonders geschützten Art ist vermutlich auf verwilderte Zierpflanzen eines Barockgartens zurückzuführen.

## Weise Worte

„Das Paradies pflegt sich erst dann als Paradies zu erkennen zu geben, wenn wir daraus vertrieben wurden.“

Hermann Hesse (1877-1962), deutsch-schweizerischer Dichter, Schriftsteller und Maler. Seine bekanntesten Werke sind „Der Steppenwolf“, „Siddhartha“, „Peter Camenzind“, „Demian“, „Narziss und Goldmund“ und „Das Glasperlenspiel“. 1946 erhielt Hesse den Nobelpreis für Literatur.

## Kopf des Tages

Die Film- und Medienstiftung NRW zieht von Düsseldorf nach Köln. Die Förderinstitution werde in den nächsten Monaten ein unmittelbar am Hauptbahnhof gelegenes Gebäude beziehen, teilten der nordrhein-westfälische Medienminister Nathanael Liminski (CDU) und Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) am Freitag in Köln mit. „Düsseldorf ist unsere Landeshauptstadt, aber Köln ist unsere Medienhauptstadt“, sagte Liminski. „Die Stiftung kommt zur

Branche.“ In Köln sind unter anderem große TV-Sender wie WDR und RTL sowie zahlreiche Produktionsfirmen und Kreativbüros ansässig. „Jede dritte Fernsehminute kommt aus Köln“, sagte Reker. Die Stadt habe sich seit Jahren um die Ansiedlung der Stiftung bemüht. Als eine der größten Förderinstitutionen für Film und Medien in Europa sei sie auch ein Magnet für internationale Medienschaffende, die deswegen nun künftig nach Köln kommen würden. Die Stadt werde sich in den nächsten drei Jahren mit jährlich 80.000 Euro an den Mietkosten beteiligen.

Die 1991 gegründete Film- und Medienstiftung NRW fördert mit einem Volumen von jährlich rund 35 Millionen Euro Projekte aus Bereichen wie Film, Serien, Gaming und Hörspiel. Gesellschafter sind das Land NRW sowie der WDR, das ZDF und RTL. Zum Jahresanfang löste Walid Nakschbandi die langjährige Geschäftsführerin Petra Müller ab.



Henriette Reker ist Oberbürgermeisterin in Köln.

Foto: dpa/Rolf Vennenbernd

## Reingeklickt

14.000 Musikbegeisterte feierten am Donnerstag beim Asta-Sommerfestival an der Universität Paderborn. Den



Bericht dazu sowie viele Fotos und ein Video finden Sie auf unserer Startseite. Der QR-Code führt direkt dorthin.

Folgen Sie uns auf   

## Nachrichten

## Prozess um getöteten Säugling beginnt

BIELEFELD (dpa). Vor dem Landgericht Bielefeld müssen sich ab Dienstag die Eltern eines nach der Geburt getöteten Säuglings verantworten. Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft haben die zum Tatzeitpunkt 19-jährige Mutter und der 22-jährige Vater das Neugeborene im November 2023 gemeinsam nach der Entbindung in der eigenen Wohnung in Bielefeld getötet. Die Anklage lautet deshalb auf Mord. Die Ermittler gehen davon aus, dass das Baby nicht in die Lebensplanung der Eltern passte. Trotz Hilfsangeboten zum Aufziehen des Kindes habe

das Paar den Entschluss zu der Tat gefasst. Laut Anklage tötete der Vater den Säugling mit vier Messerstichen. Die Obduktion bestätigte die Todesursache. In der Nacht hatte der Angeklagte den in Leichnam in ein Waldstück gebracht. Nachdem es Hinweise auf ein Gewaltverbrechen gegeben hatte, schickte ein Richter das Paar im Dezember in Untersuchungshaft. Bei seiner Vernehmung gab der 22-Jährige dann Hinweise auf den Ablageort. Die Ermittler fanden den toten Säugling daraufhin in einem Waldstück zwischen dem Wohnhaus der Eltern und der A33.



Norbert „Nobby“ Morkes kam 1953 mit seinen Eltern aus dem Sauerland nach Gütersloh.

Foto: Christian Althoff

Sonntagabend steht fest, ob Güterslohs Bürgermeister im Amt bleiben darf

## Morkes: „Man wollte, dass ich scheitere“

Von Christian Althoff

GÜTERSLOH (WB). Ob er am Montag noch Bürgermeister von Gütersloh ist, weiß Norbert Morkes (73) nicht. „Ich kann das nicht einschätzen – auch wenn ich in den letzten Wochen viel Zuspruch erfahren.“ Er selbst hat seine Stimme schon abgegeben – per Briefwahl.

Im März hatte der Stadtrat beschlossen, die Abwahl des Bürgermeisters einzuleiten und die Bürger am 9. Juni entscheiden zu lassen. „Wenn die Leute mit mir unzufrieden sind, sollen sie mich abwählen. Das ist Demokratie.“ Nur hadere er damit, dass sowohl dem Ratsentscheid als auch der Wahl am Sonntag keine Fakten zugrunde lagen. „Aus der Verwaltungsspitze heraus wurden Beschuldigungen gegen mich erhoben, von denen bis heute nicht eine einzige bewiesen ist. Ich finde das schäbig.“

Morkes machte eine Ausbildung beim Plattenlabel „Ariola“ und arbeitete später als Musikproduzent und Eventmanager. Als er 1997 ein Musical nach Gütersloh holen wollte und sich von der Stadt nicht unterstützt fühlte, gründete er 1999 den Verein „Bürger für Gütersloh“. Noch im selben Jahr holte der Verein bei der Kommunalwahl 3,4 Prozent, und seit damals hat „Nobby“ Morkes einen Sitz im Stadtrat. 2003 initiierte er einen Bürgerentscheid, um beim Neubau des Theaters eine preiswertere Variante durchzusetzen – und die Gütersloher folgten ihm. 2020

schließlich holte Morkes in der Stichwahl gegen den CDU-Kandidaten 58 Prozent. Seitdem ist er Bürgermeister. „Die Menschen haben mich gewählt, aber die Verwaltungsspitze im Rathaus wollte mich nicht. Die haben mich permanent gegen die Wand laufen lassen.“ Mit seiner Biographie sei er natürlich kein Experte für öffentliche Verwaltung, sagt Morkes. „Aber das sind andere Bürgermeister auch nicht immer.“ In der Regel hätten die aber einen persönlichen Referenten an ihrer Seite, oft einen Verwaltungsrechtler. „Aber den hat mir die Ratsmehrheit nicht genehmigt. Ich sollte dummgehalten werden und scheitern.“

Er habe trotzdem versucht, einen guten Job zu machen. „Ich bin der hemdsärmelige Typ und kenne viele Leute. Als die Bezirksregierung uns Flüchtlinge zugewiesen hat, habe ich einen alten Kumpel in der LWL-Klinik angerufen. Da gab es ein leerstehendes Schwesternhaus, und das Problem war gelöst.“ So sei die Nutzung einer Turnhalle verhindert worden.

Ihm würden von den Beigeordneten immer wieder Alleingänge vorgeworfen, aber diese Kritik nehme er nicht an. „Ich bin der Bürgermeister und muss nicht jedes Mal fragen.“ Es sei ja auch nicht so, dass er im Alleingang Entscheidungen treffe: „Das letzte Wort hat immer der Rat. Aber wenn ich die Vorarbeit schnell und effizient erledigen kann – warum nicht?“ Das sei nur nicht gerne gese-

hen, sagt Morkes. „Die Beigeordneten fürchten, die Kontrolle zu verlieren, wenn sie nicht alles wissen. Mir wurde zum Beispiel vorgeworfen, dass ich mich mit allen Kitaleitungen aus Gütersloh getroffen habe, um mir deren Probleme schildern zu lassen – ohne jemanden aus der Verwaltung dazuzunehmen.“

Zweimal habe das Rechtsamt der Stadt versucht, seine Arbeit zu torpedieren: „Es gab Betrugsvorwürfe gegen den Chef von Gütersloh Marketing. Ich bekam eine Anfrage eines Journalisten und wollte die möglichst transparent beantworten, aber das Rechtsamt erklärte, ich dürfe das nicht.“ Er habe es trotzdem gemacht und sei später von der Kommunalaufsicht, also vom Kreis, bestätigt worden.

„Als dann im letzten Jahr erste Vorwürfe gegen mich laut wurden, ich hätte sexistische Sprüche losgelassen und den Dienstwagen auch für Privatfahrten genutzt, wollte ich mich umfassend öffentlich äußern. Aber das Rechts-

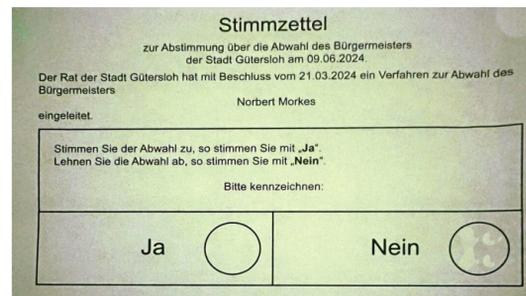
amt erklärte, ich dürfe das nicht, und weil ich mir unsicher war, habe ich mich daran gehalten.“ Inzwischen wisse er, dass die Rechtsauskunft falsch gewesen sei.

Sicherlich habe auch er Fehler gemacht, sagt Morkes. „Vielleicht auch im Umgang mit Mitarbeitern. Aber nicht auf sexueller Ebene.“ In dem Katalog der Vorwürfe, den der Erste Beigeordnete Henning Mathes (CDU) verfasst hat – ihm werden Ambitionen aufs Bürgermeisteramt nachgesagt – wird unter anderem behauptet, Morkes habe über die portugiesische Generalkonsulin Lidia Nabais bei deren Besuch in Gütersloh unpassende Bemerkungen gemacht. Morkes: „Frau Nabais, die im August für Portugal zu den Vereinten Nationen nach New York geht, hatte mir bereits in einem Brief ihre Unterstützung im Kampf gegen die falschen Vorwürfe versichert. Vor ein paar Wochen hat sie das EM-Quartier ihrer Nationalmannschaft in Marienfeld besucht und mich

gebeten, sie zu begleiten.“ Bei dem Treffen habe sie gesagt, dass sie ihn sehr schätze, sagt „Nobby“ Morkes. „Es war ein Reporter einer anderen Zeitung dabei, aber bis heute ist nichts erschienen.“ Das bestätigte seinen Verdacht, dass es eine Kampagne gegen ihn gebe, bei der Fakten egal seien. So verteilten die Grünen noch immer Handzettel, in denen stehe, dass die Staatsanwaltschaft gegen ihn ermittele. „Eine Lüge.“

„Die Vorwürfe haben mich fertig gemacht. Ich war von Dezember bis April krankgeschrieben und bin viel spaziergegangen.“ Inzwischen sei er wieder unter Menschen zu finden. „Viele sagen, ich soll durchhalten, und ein paar haben mir ein Foto ihres ausgefüllten Wahlzettels geschickt, denn die Briefwahl läuft ja schon seit vier Wochen.“

Sollten die Bürger Morkes am Sonntag bestätigen, dürfte er noch nicht mal ins Rathaus – weil der Kreis ein Hausverbot für die Zeit der laufenden Disziplinarermittlungen verhängt hat. „Die Vorwürfe gegen mich sind älter als ein Jahr, und die Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen gegen mich bereits eingestellt. Der Kreis hatte dagegen bis April noch nicht einen einzigen mutmaßlichen Zeugen gegen mich befragt.“ Sollte er am Sonntag im Amt bestätigt werden, hoffe er, dass Landrat Sven-Georg Adenauer mehr Gas gebe: „Ich will zurück ins Rathaus, um Gütersloh bürogerorientiert voranzubringen.“



So sieht der Wahlzettel aus: Wer Bürgermeister Norbert Morkes behalten will, muss „Nein“ ankreuzen.

Foto: Althoff

Streit um geplanten Parteitag in Essen – Partei lehnt Selbstverpflichtung ab

## AfD klagt gegen Hallenkündigung

ESSEN (dpa). Der Streit um den in Essen geplanten AfD-Parteitag spitzt sich weiter zu. Nachdem die Stadt den Mietvertrag für die Gruga-Halle am Donnerstagabend gekündigt hat, geht nun die AfD juristisch gegen diese Kündigung vor. „Wir sind nun gezwungen, die erforderlichen Klagen gegen die Kündigung und gegen das politisch und rechtlich hochbedenkliche Verhalten der Stadt zu führen“, sagte Parteivize Peter Boehringer am Freitag. „Wir haben bereits rechtliche Schritte, vor allem die Einleitung gerichtlicher Eilverfahren, in Auftrag gegeben.“

Am letzten Juni-Wochenende will die AfD bei ihrem Parteitag in der Grugahalle in Essen ihren Vorstand neu wählen. Die Stadt hatte den Mietvertrag gekündigt, nachdem die AfD nicht wie gefordert eine Zusatzklärung zum 2023 geschlossenen Mietvertrag abgegeben hatte, in der sie sich verpflichtet, dass während des Parteitages keine strafbaren NS-Parolen verwendet werden.

„Nein, der Parteitag wird nicht ausfallen“, hatte Boehringer bereits vor ein paar Tagen zum Thema beim Messengerdienst Telegram geschrieben. Die AfD hatte an-

gekündigt, gegen eine Kündigung zu klagen – „und zwar volles Programm“, wie AfD-Chef Tino Chrupalla sagte. Die Stadt Essen breche Recht, sagte Boehringer und sprach von der „Unmöglichkeit, bei 1800 Teilnehmern und externen, parteifremden Besuchern einer Veranstaltung jede strafrechtlich heikle Wortmeldung vorab kennen und verhindern zu können“.

Die Stadt Essen und die Messegesellschaft suchten seit Monaten nach Möglichkeiten, wie sie den Parteitag der AfD Ende Juni in der Grugahalle verhindern könnten. Zuletzt hatte der Stadtrat die AfD aufgefordert,

sich zu verpflichten, dass während des Parteitages keine strafbaren NS-Parolen verwendet werden. Bei Verstößen sollten 500.000 Euro Strafgeld drohen. Für die Abgabe der Erklärung hatte die Stadt der AfD eine Frist gesetzt, andernfalls sollte der Mietvertrag laut Ratsbeschluss „unverzüglich außerordentlich fristlos“ gekündigt werden.

Nachdem die geforderte Erklärung der AfD bis zum Ende der gesetzten Frist nicht eingegangen war, folgte nun seitens der Stadt die Kündigung. Sie hatte laut Stadtverwaltung zunächst nicht ausgesprochen werden können, da

die AfD die Bezirksregierung Düsseldorf als zuständige Kommunalaufsicht eingeschaltet hatte. Offenbar kam vor dort aber keine Anordnung, die Kündigung nicht zu vollziehen.

Die AfD will bei ihrem Parteitag am letzten Juni-Wochenende in der Essener Grugahalle unter anderem den Vorstand neu wählen. Gegen das Treffen haben zahlreiche Organisationen Widerstand angekündigt. Die Polizei rechnet mit mehreren Zehntausend Teilnehmern bei den Gegendemonstrationen – es wären die größten Proteste in der Stadt seit langer Zeit.